

TABEAS TÄTIGKEITSBERICHT



Liebe Freundinnen und Freunde,

wir können den Kommunal- und Europawahlkampf im kommenden Jahr mit richtig viel Rückenwind aus Bayern, Hessen und von Bundesebene starten. Selten waren unsere Umfragewerte so gut, selten haben sie sich am Wahltag genauso bestätigt.

Lasst Euch aber bloß nicht einreden, dass unsere aktuelle Stärke allein dem Schwächeln der anderen geschuldet ist. Unsere Stärke verdanken wir vor allem unserer klaren Haltung! Ob beim Klima- und Umweltschutz, bei der Flüchtlingspolitik oder bei Zukunftsfragen rund um Mobilität und Wohnraum. Wir überzeugen die Menschen mit Lösungen, wo sich andere in Personalfragen, Machtgezanke oder dumpfen Parolen verlieren.

Ja, wir wollen regieren und Verantwortung übernehmen, weil wir die Politik verändern müssen. Der fortschreitende Klimawandel zwingt uns, immer radikalere Forderungen umzusetzen. Wir meinen es ernst, und das spüren die Menschen. Sie erkennen die Dringlich

keit. Sie wollen nach dem Hitzesommer eine ökologische Wende, sie wollen nach Chemnitz den humanen Umgang mit Geflüchteten, und sie wollen nach Dieselskandal und explodierenden Mieten entschiedene Lösungen.

Diesen Rückenwind aus Berlin möchte ich zu Euch in die Kommunen tragen. Denn was auf Bundesebene passiert, schlägt sich immer auch bei Euch nieder. Mit Euch gemeinsam möchte ich für ein starkes grünes Ergebnis vor Ort kämpfen.

Herzlichst

Tabea

- 13 BUNDESPOLITIK
- 13 RHEINLAND-PFALZ
- 14 DIGITALPOLITIK
- 14 VERBRAUCHERPOLITIK
- 15 MEDIENPOLITIK
- 16 PRESSESCHAU

gemäß § 8 | 14 Parteisatzung RLP

2018

Bundespolitik

Die vorerst abgewendete Rodung des Hambacher Forstes ist Sinnbild der deutschen Klimapolitik. Das Festhalten der Energiekonzerne an der Dinosaurier-technologie Kohlekraft und das Wegducken der Bundesregierung sind unverantwortlich. Wir haben nicht den Bau eines Kohlekraftwerks in Mainz verhindert, um mit ansehen zu müssen, wie woanders noch mehr dreckiger Strom erzeugt wird. Der Hitzesommer und die monatelange Dürre haben gezeigt, dass der Klimawandel auch bei uns angekommen ist. Die Großdemo war für mich deshalb ein absoluter Pflichttermin und hat gezeigt: Wir kämpfen erfolgreich – und schon lange nicht mehr allein!

Auch wenn Verkehrsthemen in Berlin nicht zu meinen originären Aufgaben gehören, war ich in Sachen Verkehrslärm wieder umtriebiger. Die fraktionsübergreifende Parlamentsgruppe Bahnärm hat sich neu konstituiert und gleich Kernforderungen präsentiert, die für eine deutliche Reduzierung des Schienenlärms sorgen können. Mit zwei Kolleginnen aus dem Rhein-Main-Gebiet konnte ich zudem ein breites parlamentarisches Bündnis gegen Fluglärm schmieden. Wie notwendig das ist, zeigte das riesige Interesse an unserer



Waldwanderung mit dem Kreisverband Ahrweiler in der Eifel

Anhörung mit Vertreter*innen der Bundesvereinigung gegen Fluglärm, den Fluglärmkommissionen, Landkreisen und Kommunen. Große Unterstützung erhielten wir in Form einer Demo vor dem Reichstag, orga-

nisiert von Bürgerinitiativen aus dem gesamten Bundesgebiet.

Ein wichtiges Ereignis war auch die Wahl in der Türkei. Ich hatte die Gelegenheit, für die Parlamentarische Versammlung des Europarates als Wahlbeobachterin vor Ort zu sein. Für mich als Journalistin ein Herzensanliegen, sitzen doch viele meiner türkischen Kolleg*innen zum Teil ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen. Die Anspannung war überall im Land spürbar, und nicht immer fühlte ich mich willkommen. Nach meiner Kritik am wiedergewählten Präsidenten Erdoğan in der Vergangenheit wundert mich das nicht.

Rheinland-Pfalz

Auch in Mainz beschäftigte uns der Klimawandel, denn gerade in der Stadt war dieser Sommer kaum auszuhalten. Anlass genug, beim weltweiten „Rise for Climate“ auch lokal Flagge zu zeigen und für den Ausbau der Erneuerbaren Energien zu kämpfen. Nicht nur das Wetter brachte uns zum Schwitzen. Gemeinsam mit 400 freiwilligen Helfer*innen sammelte ich beim „Rhine CleanUp“ Müll am Rheinufer ein.

Und um gleich in der Landeshauptstadt zu bleiben: Im Juni machte mich der Fall eines über Wohngebiet abgestürzten Flugzeugteils fassungslos. Denn die verantwortlichen Bundesbehörden scherten sich nicht um diesen gravierenden Zwischenfall. Deshalb überschüttete ich das Verkehrsministerium mit zahlreichen Anfragen – und siehe da: Auf einmal kam Bewegung in die Sache. Ermittlungen wurden eingeleitet und die verantwortliche Airline wurde ausfindig gemacht.

Parlamentarisch aktiv war ich auch in Sachen Internetausbau. Meine kleine Anfrage zu den abgerufenen Mitteln des Bundesförderprogramms zeigte ganz deutlich, dass das Geld einfach nicht fließen mag. Das liegt nicht an Land, Kreis oder Kommune. Die Bundesregierung schreibt zwar viel Geld in den Haushalt und brüstet sich damit, doch kümmert sie sich nicht darum, dass es auch tatsächlich ankommt. Gerade im ländlich

gemäß § 8 | 14 Parteisatzung RLP

2018



geprägten Rheinland-Pfalz müssen deshalb die kleinen Gemeinden auf schnelles Internet weiter verzichten. Will man aber zu anderen Staaten aufschließen, braucht es eine praktikable und wirksame Förderpolitik.

Digitalpolitik

Als Ende Mai die Datenschutzgrundverordnung in Kraft trat, habe ich dafür geworben, trotz anfänglicher Schwierigkeiten bei der Umsetzung auch die Chancen eines starken Datenschutzes zu sehen. Denn die DSGVO ist vor allem als scharfes Schwert gegen die großen Akteure gedacht, die fahrlässig mit unseren personenbezogenen Daten umgehen, seien es die sogenannten sozialen Netzwerke, große Krankenhäuser oder die unsägliche Lehrer-Denunziationsplattform der AfD.

Der Datenskandal bei Facebook war Thema zahlreicher Anhörungen im Bundestag. Immer wieder habe ich die Vertreter*innen der Plattform gefragt, was sie tun, um die Daten der Verbraucher*innen besser zu schützen und ihr Vertrauen zurückzugewinnen. Die Antworten waren dünn und ausweichend. Deswegen sehe ich auch die Bundesregierung in der Pflicht, für Aufklärung, eine bessere Plattformregulierung und starken Datenschutz zu sorgen.

Meine Anfragen, wie sie sich auf EU-Ebene zum Beispiel für eine starke ePrivacy-Verordnung einsetzt, welche die Nutzer*innen vor Tracking auf Webseiten schützen soll, sind da allerdings ernüchternd. Die Bundesregierung scheint zu hoffen, dass sich dieses Thema vor der EU-Wahl von selbst erledigt. Ich werde weiter nachhaken und nicht zulassen, dass sich die Bundesregierung aus der Verantwortung stiehlt.

Nach der Sommerpause hat die Enquête-Kommission Künstliche Intelligenz ihre Arbeit aufgenommen, in der ich als stellvertretendes Mitglied mitarbeiten werde. Das Thema KI und Algorithmenkontrolle wird in den kommenden Monaten ein Schwerpunkt für mich sein – in Form von Veranstaltungen, Anfragen, Anträ-

gen oder Diskussionen in der fachübergreifenden Arbeitsgruppe Digitalpolitik, die ich leite. Ich will Vorschläge diskutieren, wie eine Diskriminierung durch Algorithmen verhindert werden kann, wie sie viele Menschen zum Beispiel täglich bei der SCHUFA oder beim Onlineshopping erleben.



Vortrag beim grünen Digitalisierungskongress mit Jan Philipp Albrecht

Verbraucherschutz

Viele Bürger*innen sind enttäuscht über die Passivität der Bundesregierung beim Verbraucherschutz. Das zeigt sich in vernichtenden Umfragewerten im Verbraucherreport. Zu den Dauerärgerthemen gehören etwa unerlaubte Telefonwerbung und untergeschobene Verträge. Um dem ein Ende zu bereiten, haben wir einen Antrag gestellt, in dem wir unter anderem eine erneute Bestätigung aller telefonisch angebahnten Verträge fordern.

Weitere Vorschläge im Telekommunikationsbereich habe ich jüngst in meiner Plenumsrede zum Telekommunikationsgesetz vorgelegt wie beispielsweise höhere Breitband-Mindeststandards und kundenfreundlichere Vertragsregeln.

Starke Verbraucherrechte braucht es auch für Dieselhalter und Reisende oder bei unseriösem Inkasso und Abmahnungen. Nach unseren Fachgesprächen legen wir zu diesen Themen in Kürze Anträge vor.

Unser Alltag verlagert sich immer mehr ins Digitale,

daher ist digitaler Verbraucherschutz eines meiner Kernthemen. Hier braucht es vor allem starken Datenschutz, Transparenz und Vielfaltssicherung. Auch beim Digitalen Erbe ist sicherzustellen, dass Nutzer*innen bei Verträgen Rechtsklarheit haben.

Zudem findet Meinungsbildung immer mehr online statt. Nach Auswertung der Transparenzberichte und

von Drohungen und Angriffen auch in Deutschland zu. Die Bundesregierung hat ihr Koalitionsversprechen, die Presse zu stärken, nicht eingelöst. Um Journalist*innen zu stärken, habe ich einen Antrag zum Presseauskunftsrecht vorgelegt.

Der Schwerpunkt der Debatte für ein zeitgemäßes Urheberrecht lag zuletzt im Europaparlament. Die Diskussion über das Presseleistungsschutzrecht und sogenannte Uploadfilter habe ich intensiv begleitet. Ich fordere ein nutzerfreundliches Urheberrecht, das die Vergütung von Kreativen im Netz sicherstellt und Plattformen in die Pflicht nimmt.

In der Filmbranche entsteht unter dem Begriff „Grünes Kino“ langsam ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Um dem Thema auch politischen Nachdruck zu verleihen, habe ich in den Haushaltsberatungen Anträge zur Anreizförderung von nachhaltiger Film- und Fernsehproduktionsweise und für die energetische Sanierung von Kinos gestellt.

In Kunst und Kultur wird Crowdfunding als alternatives Finanzierungsinstrument immer beliebter. Bei einem Fachgespräch haben wir Lösungen diskutiert, wie Kunstschaffende dabei besser unterstützt werden können und Verschränkungsmöglichkeiten mit anderen Förderungen erörtert. Crowdfunding sollte als (Eigen) Kapital anerkannt werden, um die Voraussetzungen für eine öffentliche Förderung leichter erfüllen zu können.

Anhörungen zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz sind viele Schwachstellen des Gesetzes offensichtlich, etwa beim Beschwerdeverfahren und der Zusammenarbeit mit den Strafverfolgungsbehörden. Die Bundesregierung hat noch keine konkreten Nachbesserungen in Aussicht gestellt. Wir werden erneut Vorschläge einbringen, um rechtswidrige Hassrede und Fake News auf sozialen Netzwerken zu verhindern.

Medienpolitik

In Zeiten gezielter Desinformation sind öffentlich-rechtliche Medien unverzichtbar, um eine unabhängige und vielfältige öffentliche Meinungsbildung zu gewährleisten. Mit ihren Reformvorschlägen zum Telemedienauftrag haben die Länder erneut die Chance verpasst, dem Mediennutzungsverhalten der Beitragszahler*innen gerecht zu werden. Ich werde mich weiterhin für zukunftsfähige Reformen einsetzen.

Unabdinglich ist auch eine starke, unabhängige Presse. Leider nimmt der Druck auf Journalist*innen in Form



Treffen mit Fluglärmgegnern vor dem Reichstag



Müllsammelaktion mit Günter Beck zum europaweiten Shine CleanUp

gemäß § 8 | 14 Parteisatzung RLP

2018

